presse

AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Weibliche Genitalverstümmelung bekämpfen

***Gabriela Heinrich**, stellvertretende menschenrechtspolitische Sprecherin:*

Am 6. Februar ist der Internationale Tag der Nulltoleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung. In Deutschland hat die Zahl der von Genitalverstümmelung gefährdeten Mädchen und Frauen in den letzten Jahren zugenommen. Wir müssen entschieden gegen diese Menschenrechtsverletzungen vorgehen – weltweit.

„Frauenrechte sind Menschenrechte. Notwendig im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung sind kohärente Maßnahmen: Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass strikte Gesetzgebung und Strafverfolgung Hand in Hand gehen mit Aufklärungsarbeit sowie tabubrechenden Gesprächen mit Betroffenen und deren Gemeinschaften. Auch Männer müssen beim Thema Genitalverstümmelung einbezogen werden. Nur wenn die Maßnahmen ineinandergreifen, kann dieser Menschenrechtsverletzung ein Ende bereitet werden.

Insofern ist der Internationale Tag der Nulltoleranz gegen weibliche Genitalverstümmelung dringend notwendig, um auf diese immer noch weit verbreitete Praxis aufmerksam zu machen. Die Zahl der Betroffenen liegt weltweit bei über 200 Millionen Frauen und Mädchen, wobei die Dunkelziffer extrem hoch ist.

In Deutschland ist weibliche Genitalverstümmelung verboten, aber die Zahl der gefährdeten Mädchen ist im vergangenen Jahr angestiegen. Grund für den Anstieg ist die Migration nach Deutschland aus Ländern, in denen Genitalverstümmelung an der Tagesordnung ist. Weibliche Genitalverstümmelung ist in vielen Teilen der Welt, vor allem in Afrika, dem Nahen Osten und Südostasien verbreitet. Das weibliche Genital wird meist ohne Betäubung stark verletzt oder Teile komplett entfernt. Diejenigen Frauen, die nicht an dem Eingriff sterben, haben ihr Leben lang mit physischen und psychischen Folgen zu kämpfen. Hinter dieser Menschenrechtsverletzung

stehen vor allem patriarchale Traditionen, die Frauen unterdrücken und ihnen jegliche körperliche und sexuelle Selbstbestimmung nehmen.“